

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/145

1. August 1972

Endphase der olympischen Vorbereitung

Auch Kritik zum rechten Zeitpunkt kann sich positiv auswirken

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 / 41 Zeilen

Weder Schule noch Museum der Nation

Klarstellungen zum neuen Bildungskonzept für  
Unteroffiziere

Von Erwin Horn MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 75 Zeilen

Parteiwechsel von Staatssekretären

In der Beurteilung der Springer-Presse

Von Hermann Dürr MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen  
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 / 49 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (II)

Seite 5 und 6 / 85 Zeilen

### Endphase der olympischen Vorbereitung

---

Auch Kritik zum rechten Zeitpunkt kann sich positiv auswirken

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Zwischen den Deutschen Meisterschaften als Testveranstaltungen für den sportlichen und organisatorischen Ablauf der Spiele der XX. Olympiade 1972 und der Entzündung des Olympischen Feuers im Heiligen Hain von Olympia gab es in der Bundesrepublik eine Woche von Attacken um diese Weltsportveranstaltung. Seit der Bundesrechnungshof seinen ersten kritischen Prüfungsbericht veröffentlichte, sind Meldungen über angebliche Fehlinvestitionen und unsachgemäße Verwendung von öffentlichen Mitteln nicht seltener geworden. Genannt wurden in diesem Zusammenhang die Olympiabau-gesellschaft, das Olympische Organisationskomitee und die erst vor wenigen Tagen in die öffentliche Diskussion gekommene Deutsche Olympiazentrale Radio-Television (DOZ). Wer Steuermittel und sonstige Gelder der Bürger in Anspruch nimmt, muß wissen, daß Kontrollen legitim und erforderlich sind. Diese Spielregeln dürften den Verantwortlichen der olympischen Gremien hinreichend bekannt sein.

Es bleibt die Frage, ob den Sportlerinnen und Athleten kurz vor Beginn der Spiele mit einer ständigen Unruhe um das olympische Geschehen gedient ist. Nach der Nominierung des Olympiabauföhotes der Bundesrepublik sollten die Sportler in der Endphase ihrer Vorbereitungen auf die Spiele nicht mehr mit Personal- und Finanzdiskussionen belastet werden. Es ist erforderlich, daß die Sportler mehr als bisher in den Mittelpunkt gestellt werden und von Organisatoren und Funktionären auf persönliche Ambitionen und Übermäßigen Ehrgeiz verzichtet wird. Eine umfassende Finanzkritik kann nicht parallel mit dem Ablauf der Spiele einhergehen. Dazu hätten sich in der Vergangenheit ausreichend Gründe und Möglichkeiten geboten.

Das kann jedoch nicht heißen, daß mit dem Ende der Olympischen Spiele vor allem die finanzpolitische Verantwortung der Olympiaplaner vermindert ist. Der internationalen Bedeutung Olympischer Spiele entsprechend muß sich jetzt auf den bevorstehenden Besuch von rund 10.000 Sportlern und den Gästen aus aller Welt konzentriert werden. Eine Orientierung an der Wirklichkeit unserer Zeit sollte den Vorzug vor falschem Pathos haben.

Wenn allerdings das Olympische Feuer in München und Kiel verloschen ist, bedarf es im bundesdeutschen Sport einer kritischen Bestandsaufnahme, an der sich die Perspektiven der künftigen Sportförderung orientieren müssen.

(-/ex/1.8.1972/ks)

+ + +

Weder Schule noch Museum der Nation

Klarstellungen zum neuen Bildungskonzept für Unteroffiziere  
von Erwin Horn, MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Das Gutachten der Bildungskommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ellwein hat innerhalb und außerhalb der Bundeswehr zu heftigen Diskussionen und auch Kontroversen geführt. Bedauerlicherweise vollzogen sich die Auseinandersetzungen fast ausschließlich um die Frage der künftigen Offiziersausbildung und hier vornehmlich um die Struktur der zu errichtenden Bundeswehrhochschulen. Die Verengung der Diskussion auf das Feld der Offiziersausbildung charakterisiert zugleich auch die tonangebenden gesellschaftlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundeswehr in unserem Staat: Sowohl die Konservativen als auch die sogenannten "Linken" sind von einer ausgesprochenen elitären Arroganz geprägt.

Die neue Ausbildungskonzeption für die Unteroffiziere in der öffentlichen Diskussion praktisch zu unterschlagen, das ist weder von der Zahl der in einer Phase auszubildenden 20.000 Unteroffiziere im Vergleich zu etwa 5.000 Offizieren zu rechtfertigen, noch von der Bedeutung der Unteroffiziere hinsichtlich ihrer unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten im Bereich der technischen, gesellschaftlichen und persönlichen Ausbildungsmöglichkeiten gegenüber dem Soldaten. Bildungs- und Ausbildungsbedingungen der längerdienenden Unteroffiziere sind keineswegs problemloser als die der Offiziersausbildung, und das Spektrum der Ausbildungsangebote ist eher noch vielfältiger und reichhaltiger. Es stellt den daran zu beteiligenden Einrichtungen eine Fülle von pädagogischen und organisatorischen Aufgaben.

Die Zusammensetzung der Bildungskommission mit 12 Soldaten verschiedener Dienstgrade und -stellungen und 12 fachkundigen Leuten der Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer kennzeich-

net die Absichten der Kommission. Die Reform soll die Schlagkraft der Bundeswehr erhöhen, die begonnene Integration von Armee und Gesellschaft vorwärtstreiben und dem Einzelnen vielfältige Bildungsmöglichkeiten und ein Höchstmaß an beruflichen Chancen bieten. Den militärischen Erfordernissen muß Rechnung getragen werden; die Hinzuziehung von 12 Fachleuten aus dem zivilen Bereich bedeutet zugleich, daß eine Anerkennung der jeweiligen Ausbildungsabschlüsse durch die öffentliche Verwaltung und die freie Wirtschaft erfolgen muß.

Militärfachliche Ausbildung und Qualifikation werden weitgehend an die zivile Ausbildung und an zivile Abschlüsse angeglichen. Da viele Funktionen in einer technisierten Armee ohnehin zivilen Tätigkeiten entsprechen, ist das ohne Schwierigkeiten möglich und erleichtert den Übergang des Soldaten in das spätere Berufsleben.

Es werden vor allem dem Unteroffizier umfassende berufliche und schulische Bildungsmöglichkeiten angeboten: mittlere Reife, Abitur, Meisterprüfung, Hochschuldiplom. Ein bildungswilliger Volksschüler kann im Wechsel zwischen militärischer Ausbildung, fachlicher Fortbildung, Truppendienst und Schulbesuch durchaus die Abschlüsse der Sekundarstufen I und II erwerben, um sie entweder zivil zu nutzen oder über ein Studium höchste Offiziersränge zu erreichen. Damit ist die Durchlässigkeit in den Aufstiegsmöglichkeiten vom Soldaten bis zum höheren Offizier gesichert.

Die zu erwartenden Mehrausgaben für den Bereich der Ausbildung der längerdienenden Unteroffiziere sind sicherheitspolitisch notwendig und volkswirtschaftlich zu vertreten. Die längerdienenden Unteroffiziere sind das Rückgrat der modernen Streitkräfte. Sie garantieren den Ausbildungsstand der Soldaten und damit die Wirksamkeit der Bundeswehr als Instrument unserer Sicherheitspolitik. Bildung und Ausbildung der Ausbilder unserer Soldaten ist somit das Kernstück einer von politischer Verantwortung getragenen Sicherheitspolitik.

Aber auch die finanziellen Mehraufwendungen in diesem Bereich sind echte Bildungsinvestitionen, die sich nach wissenschaftlichen Berechnungen in spätestens vier bis sechs Jahren amortisieren: bessere Ausbildung durch Kurse und Lehrgänge, aufgrund der Mithilfe des Berufsförderungsdienstes und systematische Ausbildung über die Berufsfachschulen und andere Einrichtungen führen der Wirtschaft und den öffentlichen Verwaltungen qualifizierte Männer zu. Höhere Leistungen bedeuten im Ergebnis wirtschaftlichen und steuerlichen Gewinn.

Die Bundeswehr ist keineswegs die Schule der Nation, die dieser Gesellschaft ihr Gepräge geben will; sie darf aber auch nicht das Museum unserer Nation werden. Ein Testfall dafür wird die künftige Bildung und Ausbildung der längerdienenden Unteroffiziere in der Bundeswehr sein.

(-/ex/1.8.1972/cm)

Parteiwechsel von Staatssekretären

In der Beurteilung der Springer-Presse

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen  
der SPD-Bundestagsfraktion

Zwei ehemalige beamtete Staatssekretäre haben die Partei gewechselt, der sie lange Zeit angehört hatten. Der eine, Wetzels, wollte zunächst noch für die SPD kandidieren, ging dann aber, weil er als politischer Beamter in den Ruhestand versetzt worden war, nach kurzer "Denkpause" zur CDU. Der andere, Schornstein, stellte sein Amt nach Bildung der sozialliberalen Koalition zur Verfügung, trat später aus der CDU aus und beantragte ein knappes Jahr später die Aufnahme in die SPD.

Zwei vergleichbare Vorgänge, die sicherlich auch eine ähnliche publizistische Behandlung verdient hätten. Nimmt man aber die beiden Springer-Zeitungen "Welt" und "Bild" und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" zur Hand, so ergibt sich auf den ersten Blick, daß beide Geschehnisse sehr unterschiedlich behandelt worden sind.

Am 11. Juli 1972 - am Tag nach der Entlassung Wetzels und seinem Parteiaustritt - war dieses Ereignis der "Welt" und der "BILD-Zeitung" jeweils der Hauptaufmacher wert. Die "BILD-Zeitung" verkündete die Nachricht auf der Seite 1 mit einer 16,5 cm hohen Schlagzeile und im Innenteil nochmals mit elf cm Höhe. Bei der "Welt" war es immerhin noch eine Vier-Zentimeter-Schlagzeile auf der ersten Seite. Im Textteil würdigte die "BILD-Zeitung", ansonsten nicht verschwenderisch mit Raum für politische Meldungen, den ehemaligen Staatssekretär mit 205 Zeilen und einem Bild. Die "Welt"-Redaktion behandelte den Fall gar wie eine weltpolitische Nachricht ersten Ranges und brachte es auf insgesamt 413 Zeilen.

Zum Vergleich die FAZ: Ihr genügten am 11. Juli eine einspaltige Meldung und ein ebenfalls einspaltiger Kommentar mit zusammen 108 Zeilen, um ihre Leser hinreichend über die Entlassung und den Parteiaustritt Wetzels zu informieren.

Im krassen Widerspruch zu der überzogenen Aufmachung dieses Ereignisses steht bei "Welt" und "Bild" die Behandlung des Themas Schornstein am 28. Juli. Beide verstecken die entsprechenden Meldungen einspaltig auf der zweiten Seite. Die Welt bringt 28 Zeilen, Bild lediglich 16 Zeilen. Beide Zeitungen geben dem Schritt Schornsteins nicht einmal zehn Prozent des Raums, den sie für einen ähnlichen Vorgang aufwendeten. Die FAZ dagegen brachte das Aufnahmege- such Schornsteins auf der ersten Seite mit 21 Zeilen: das sind immerhin zwanzig vH. des Platzes, der Wetzels zugebilligt wurde. Daß zum Thema Schornstein genügend Informationen vorlagen, beweist das Bei- spiel der "Frankfurter Rundschau". Sie brachte einen Zweispalter von 55 Zeilen und ein Bild. Das offensichtliche Mißverhältnis in der Behandlung von zwei ähnlich gelagerten Vorgängen in den beiden Springer-Zeitungen zeigt wieder einmal, wie einseitig diese Blätter in ihrer Nachrichtenauswahl sind. Als Professor Küchenhoff die Er- gebnisse einer entsprechenden Untersuchung vorlegte, sprachen Ver- treter des Hamburger Verlagshauses von Manipulation. Dieser Vorwurf kann mit Fug und Recht an den Absender zurückgegeben werden.

(-/ex/1.8.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (II)

"Der Rat und die Mitarbeit Schillers innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens wird geschätzt. Man wird den Rat Schillers immer gern anhören". / Franz Josef Strauß, CSU-Landesvorsitzender und Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU, am 26. Juli 1972 in der Illustrierten "Quick".

Dieser Aussage stellen wir in einer ausführlichen Dokumentation die Aussagen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Prof. Dr. Karl Schiller entgegen, die uns aus der Zeit vom 13. September 1969 bis zum 16. Juni 1972 vorliegen.

"Mannheimer Morgen" / 16. September 1969

"Die ständigen Hinweise des Wirtschaftsministers auf angeblich bevorstehende Preislawinen einerseits und seine wiederholten Ermunterungen zu kräftigen Lohnerhöhungen andererseits haben schließlich dazu beigetragen, daß wilde Streiks an die Stelle sachlicher Lohngespräche getreten sind. Ich habe es auch nicht für glücklich empfunden, daß der Wirtschaftsminister beim ersten Aufflackern der wilden Streiks seine Sympathie kundtat, wodurch weitere wilde Streiks geradezu angestachelt wurden. Erst als dem Bundeswirtschaftsminister klar wurde, welchen Bärendienst er damit den Gewerkschaften erwiesen hätte, machte er eine Kehrtwendung und versuchte von der Streikbewegung wieder Abstand zu gewinnen... Daß es dazu kam, geht nicht zuletzt darauf zurück, daß der Bundeswirtschaftsminister - wieder einmal - eine völlig falsche Prognose über die Entwicklung der Unternehmergewinne und der Arbeiter Einkommen in diesem Jahr gegeben hatte.

Wie stehen Sie zu der Behauptung von Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller, daß 'Unterlassungen der staatlichen Stabilitätspolitik' - also der Verzicht auf eine D-Mark-Aufwertung - zu den jüngsten Ereignissen beigetragen haben?

Da kann ich nur sagen: Hier sucht Schiller ein Alibi... während der Bundeswirtschaftsminister bis zum Frühjahr dieses Jahres immer wieder neue Vorschläge machte, um die Konjunktur noch stärker anzukurbeln... Die Bundesregierung sollte sich aller polemischen Äußerungen in der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern enthalten. Sie sollte darauf hinwirken, daß die Tarifpartner in Gespräche eintreten, und verdeutlichen, daß die bisherige Preisentwicklung die vom Wirtschaftsminister erzeugte Preishysterie keineswegs rechtfertigt."

"Die Welt"/Hamburg/ 18. September 1969

"Die Ursache für die wilden Streiks sieht der CSU-Vorsitzende in der Inflationshysterie der Aufwertungspolitiker. In diesem Zusammenhang nannte er besonders Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller... Strauß setzt sich täglich, er setzt sich auch jetzt mit drei Gegnern auseinander. Der erste heißt Schiller, der zweite heißt wieder Schiller, und der dritte heißt noch einmal Schiller.

'Die SPD steht völlig unter dem Joch Schillers, obwohl ich weiß, daß viele seiner Parteifreunde nur Pflichtübungen für ihn machen. Für das Jahr 1969 hatte Schiller vorausgesagt, daß weder steuerliche Manipulationen noch Änderungen der Währungsparität zu erwarten seien. Das war noch in diesem Jahr. Aber was sagt er jetzt? Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß eine Änderung der Währungsparität kein Mittel der Konjunktursteuerung sei. An der Richtigkeit dieses Satzes gibt es gar keinen Zweifel, auch wenn Schiller noch so...'

'Noch im März 1969 wollte das Bundeswirtschaftsministerium der Stahlindustrie 200 Millionen Mark Subvention zahlen. Hinsichtlich der Aufwertung gibt es eine einfache Regel: Wer an der Währungsschraube dreht, muß Subventionen zahlen, wer subventioniert, macht sich Teile der Wirtschaft hörig und korrumpiert sie durch Dirigismus'.

Damit ist Strauß bei seinem Leib- und Magen-Thema, über das er seit Wochen zwischen fünf- und fünfzehnmal täglich referiert. Er extemporiert aus dem Wahlkampf.

'Seit Herr Schiller die deutsche Wirtschaft mit vier Prozent Exportsteuer beschenkt hat, werden Subventionen für Kohle, Schiffbau und Flugzeugbau gezahlt. Trotzdem behaupte ich nicht, daß Wechselkurse den Charakter der Unveränderlichkeit von Dogmen hätten. Aber eine Änderung sollte erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn sich eine chronische Störung der Zahlungsbilanz abzeichnet. Für die Bundesrepublik trifft dies aber nicht zu. Zumindest ist der Erfahrungszeitraum zu kurz. Unsere Zahlungsbilanz von 1969 weist fünf Milliarden Mark Defizit auf'...''

"Zweites Deutsches Fernsehen"/ 18. September 1969

"Ich bin nach wie vor der Meinung, daß Änderungen der Währungsparität keine Mittel der Konjunktursteuerung sind. Wer die Exportwirtschaft kennt, von der ja schließlich jeder dritte deutsche Arbeiter lebt, der weiß, daß die Exportwirtschaft langfristig disponieren muß. Sie schließt im großen Geschäft, aber auch im Geschäft mit kleineren Gütern, meistens Verträge ab, die zwei, drei und noch mehr Jahre Laufzeit haben. Wenn man nun im Falle einer hochgehenden Konjunktur aufwertet und im Falle einer nachlassenden Konjunktur abwertet, so hält das keine Wirtschaft aus. Das sind reine Theorien, die von reinen Theoretikern, ohne Kenntnis der Praxis, vertreten werden".

(Fortsetzung folgt am 2. August 1972)